VR-01-184 Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen: Erbschaftsteuer, Immobilienbesteuerung, organisierte Steuerhinterziehung wie CumCum

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	04.11.2025
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu VR-01

Von Zeile 183 bis 184 einfügen:
spekulationsfördernde Steuerbefreiung und hat diese im Jahr 2012 abgeschafft, um für mehr Fairness zu sorgen.

3. Vermögenszugewinne Überreicher steuerlich nicht länger begünstigen

In Deutschland werden Vermögende, die mehr als 100 Mio. Euro besitzen, in der Praxis deutlich niedriger besteuert als Vertreter*innen der Mittelschicht, die ihren Lebensunterhalt aus Arbeitseinkommen bestreiten. Milliardär*innen zahlen in Deutschland sogar weniger Abgaben als ähnlich Vermögende in der Schweiz. Wenn gleichzeitig Politiker*innen konservativer Parteien, die diese Missstände erst geschaffen haben, den Menschen erklären, dass sich „Arbeit wieder lohnen muss“, führt das nachvollziehbarerweise zu einem Vertrauensverlust in die Politik, der letztendlich demokratiegefährdende Ausmaße annehmen kann.

Wir wollen diese Gerechtigkeitslücken schnell und effektiv schließen und dafür sorgen, dass die Besteuerung auch für Übervermögende in Zukunft wieder progressiv ist.

Eine Vermögensteuer i.H.v. 2% auf Vermögen über 100 Mio. Euro, die somit nur die reichsten etwa 5.000 Haushalte in Deutschland betreffen würde, kann ein effektiver Weg sein, diese Gerechtigkeitslücken zu schließen.

Alternativ entwickeln wir ein Konzept für eine „Milliardärs-Mindeststeuer“. Diese soll einerseits die benannten Gerechtigkeitslücken schließen, andererseits jedoch häufig vorgebrachten Vorbehalten gegen eine Vermögensteuer effektiv begegnen.

Begründung

Die Begründung für diesen Antrag hat zwei wesentliche Dimensionen, nämlich eine inhaltliche und eine strategische, die im Folgenden klar dargelegt werden sollen.

Inhaltliche Begründung

Ausgangslage

Die Steuerlast für sehr vermögende Personen ist seit den frühen 1980er Jahren stark gesunken. Die Steuern auf Kapitalerträge sind von 56% auf etwa 26% (inklusive Solidaritätsbeitrag) und die Steuern auf Unternehmensgewinne von 62% auf unter 30% gesenkt worden. Die Idee dahinter war, dass durch die Entlastung der überaus Vermögenden ein Effekt einsetzen sollte, der dazu geführt hätte, dass durch vermehrte Investition und Konsum nach und nach auch die unteren Schichten der Gesellschaft

profitieren (sog. „Trickle-Down-Ökonomie“). Nach nunmehr über 30 Jahren ist ein solcher Effekt laut führenden Wissenschaftler*innen nicht eingetreten.

„[…] eine Strategie des ‚Trickle Down‘ hat noch nie funktioniert und wird auch in der Zukunft nichts bringen, außer höhere Schulden und weniger Wohlstand.“ (Prof. Dr. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)) (Quelle)

Auch der Wirtschaftsweise Prof. Dr. Achim Truger sagte bereits 2021, dass die Steuerpolitik der letzten 30 Jahre die Ungleichheit verstärkt habe und dass es zumindest für Deutschland keine „Trickle-Down“-Wirkung gab. (Quelle)

Sogar Papst Franziskus stellte bereits 2013 in einem apostolischen Schreiben fest, dass die „Trickle-Down“-Ökonomie ein „undifferenziertes, naives Vertrauen auf die Güte derer aus[drückt], die die wirtschaftliche Macht in Händeln halten“. (Quelle)

Die deutsche Steuerpolitik führte im Ergebnis dazu, dass sehr Vermögende heute durchschnittlich geringere Abgabenlasten haben als Vertreter*innen des Mittelstands. Milliardär*innen in Deutschland haben sogar eine geringere Abgabenlast als Milliardär*innen in der Schweiz. (Quelle)

Insbesondere in Zeiten knapper Kassen, dringend benötigter Investitionen und schwindendem sozialen Zusammenhalt ist es unbedingt nötigt, dass wir hier entschieden gegensteuern und wieder für mehr Gerechtigkeit sorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein alleiniger Fokus auf eine Reform der Erbschaftsteuer unzureichend. Vielmehr sollen Überreiche, genau wie Normalverdiener, auch schon zu Lebzeiten einen fairen Steuersatz leisten.

Positive wirtschaftliche Auswirkungen

Während die Gegner*innen von Substanzsteuern, wie Erbschaft- bzw. Vermögensteuern regelmäßig große Vorbehalte bezüglich etwaiger negativer wirtschaftlicher Auswirkungen von solchen Steuern anführen, soll hier auf positive wirtschaftliche Auswirkungen hingewiesen werden.

Das deutsche Wirtschaftsmodell basierte in der Vergangenheit wesentlich auf starken Exporten, die in der aktuell herausfordernden Weltlage mehr und mehr unter Druck geraten. Wirtschaftswissenschaftler*innen sind sich darin einig, dass die Antwort eine Stärkung der Binnennachfrage sein muss.

Studien des Internationalen Währungsfonds ergaben, dass entgegen der „Trickle-Down“-Logik das Wirtschaftswachstum von Ländern gerade dann durch erhöhte Binnennachfrage zunimmt, wenn die Einkommensschwächsten ihren relativen Anteil am Gesamteinkommen vergrößern können (Quelle). Genau dazu führt das hier vorgeschlagene Maßnahmenpaket, da wir die Steuermehreinnahmen aus den Vermögen bzw. den Vermögenszugewinnen von Überreichen dazu verwenden wollen, staatliche Leistungen zu finanzieren, von denen in besonderem Maße weniger vermögende Menschen profitieren, was für diese mehr finanzielle Möglichkeiten - entweder beim Konsum oder bei ihrem Vermögensaufbau schafft. Als plakative Beispiele seien hier die Preisstabilisierung des Deutschlandtickets oder der Ausbau der Betreuungsangebote für (Klein-)Kinder genannt. Von letzterem profitiert die Wirtschaft gleich doppelt, da insbesondere Frauen in Lohnarbeit kommen, die bisher aufgrund eines Mangels an Alternativen mit der Betreuung von Kindern beschäftigt sind.

Strategische Begründung

Der Anteil derer, die ein geringes oder kein Vertrauen in Exekutive und Legislative in Deutschland haben, steigt seit Jahren und erreicht aktuell etwa die Hälfte der Menschen (Quelle). In dieser Situation muss allen Beteiligten klar werden, dass ein einfaches "Weiter so!" keine Option sein kann. Die

bedeutenden demokratischen Parteien tun sich jedoch offensichtlich schwer damit, sich an diese Situation anzupassen und Antworten zu geben, deren Größe der Größe der Herausforderungen angemessen sind.

Dadurch entsteht ein politisches Vakuum, das bisher insbesondere Rechtsextreme für sich zu nutzen wissen. Diese Entwicklung ist eine echte Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung und damit für das Fundament unserer Gesellschaft.

62% der Menschen ingesamt, 84% unserer Wähler*innen und sogar 55% der Unionswähler*innen stimmen der Einführung einer Vermögensteuer ab 1 Mio. Euro zu (Quelle). Die Zustimmungswerte zu einer Vermögensteuer ab 100 Mio. Euro oder einer „Milliardärs-Mindeststeuer“ wäre erwartbar noch einmal deutlich höher.

Wir GRÜNE verstehen, dass ein Mangel an Gerechtigkeit in bedeutendem Maße zum Vertrauensverlust in unser System beigetragen hat.

Dieser Antrag soll dazu beitragen zu zeigen, dass wir das Thema Gerechtigkeit bei der Stabilisierung unserer Gesellschaft als zentral ansehen und wir bereit sind, große Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit zu geben und dabei auch bereit sind - wie bei einer „Milliardärs-Mindeststeuer“ - neue Wege zu suchen.